



Medienkonferenz vom 18. Juni 2026 des Nein-Komitees zur Ernährungsinitiative

«Ernährungssicherheit stärken, heisst Bauernfamilien stärken»

Referat von Nationalrat Markus Ritter, Präsident Schweizer Bauernverband (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Medienschaffende

Wenn wir über Ernährungspolitik sprechen, sprechen wir nicht über abstrakte Modelle und auch nicht über Wunschvorstellungen. Wir reden über Menschen. Wir reden über Bauernfamilien, die jeden Tag aufstehen, um Lebensmittel für die Bevölkerung zu produzieren. Und dabei das produzieren, was die Bevölkerung mit ihrem Einkauf bestellt. Über Bauernfamilien, die investieren, Verantwortung übernehmen und langfristig planen müssen. Die Initianten wollen das Ernährungssystem nicht nur komplett auf den Kopf stellen – das bestätigt ja auch der Bericht des Bundesrats – sondern das Ganze auch innerhalb von 10 Jahren umsetzen. Kein Stall ist in 10 Jahren amortisiert. Viele Betriebe haben in den vergangenen Jahren Millionenbeträge investiert – in Infrastruktur, Tierwohlprogramme und nachhaltige Produktionsmethoden.

Das Ziel von 70 Prozent Selbstversorgungsgrad und die Vorstellung, wie das erreicht werden soll, sind reine Utopie. Ebenso, dass der Bund die Anpassungen der landwirtschaftlichen Produktion sozialverträglich ausgestaltet und die Bauernbetriebe finanziell in einem solchen Ausmass zusätzlich unterstützt. Wie wir alle wissen, versucht er vielmehr bereits heute zu sparen und nimmt dabei auch die Landwirtschaft ins Visier. Die Realität wäre – das haben auch meine Vorrednerinnen schon gesagt: Wir schwächen die einheimische Land- und Ernährungswirtschaft fundamental und damit auch die Versorgungssicherheit. Wir schwächen nicht nur die für den Schweizer Standort und speziell auch das Hügel-, Berg- und Alpgebiet wichtige Tierhaltung, sondern mit neuen Auflagen wie samenfestem Saatgut, auch den Pflanzenbau. Wir verteuern unsere Schweizer Lebensmittel. Und wir kurbeln die Importe zumindest in Form des Einkaufstourismus und dem Restaurantbesuch ennet der Grenze an. Viele Bauernbetriebe und Arbeitsplätze in der Schweiz würden verloren gehen.

Die Initiative ist zudem alter Wein in neuen Schläuchen und damit eine Zwängerei. Die Initiantin Franziska Herren reichte mit der Trinkwasserinitiative bereits ein ähnliches Begehren ein. Das Stimmvolk lehnte dieses mit über 60 Prozent Nein ab. Sie anerkennt offenbar nicht, dass zahlreiche Arbeiten auf allen Ebenen bereits laufen, um die Nachhaltigkeit der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft weiter zu verbessern. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Mit gesundem Menschenverstand und Realismus. Wer Ernährungssicherheit will, muss die Menschen stärken, die täglich für unsere Ernährung sorgen. Deshalb sagen wir Nein zu dieser Vegan-Zwang-Initiative. Für eine starke Landwirtschaft. Für eine sichere Versorgung. Und für einen realistischen Weg in die Zukunft.

Vielen Dank.